Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V.

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

Juli 2022

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,
es ist Sommer – ach nee – und etliche Berichterstatter*innen für den Newsletter scheinen im Urlaub zu sein: Sei allen gegönnt! So wird diese Ausgabe halt thematisch ein wenig schmaler ausfallen, was ja nicht heißt, dass im Netzwerk und seinem Umfeld nicht etliche Aktivitäten in den letzten zwei Monaten gelaufen sind, über die zu berichten gewesen wäre.
So haben wir andererseits Platz, ein Essay von Hannelore Köhler zu veröffentlichen, das inhaltlich an die gezeigte Ausstellung zur Wehrmachtjustiz anknüpft, und die Rede von Rolf Wernstedt zum 8.Mai abzudrucken. Zudem wird die Planung für eine Tagung zur Ukraine vorgestellt, über die auf der letzten Mitgliederversammlung des Netzwerks Anfang Juli beraten wurde.
In Erwartung von einigen noch Veranstaltungsankündigungen für den Netzwerkkalender und mit besten Wünschen für die Urlaubzeit,
Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Kurzbericht Netzwerk MV**
- **Jahrestagung der SNG – ein Kurzbericht**
- **Tagesexkursion zum Bückeberg**
- **Netzwerktagung zur Ukraine 2022/23 – ein Konzept, zur Debatte gestellt**
- **Ausstellung zur Wehrmachtjustiz in Hannover – eine Bilanz**
- **Unkraut vergeht nicht! 75 Jahre VVN**
- **„Tag der Befreiung – Erinnerung für die Zukunft“**
- **Das Andere Deutschland -–eine pazifistische Zeitung aus Hannover**

Kurzbericht Netzwerk MV

Mit mehr als zwanzig Teilnehmenden war die 17. Mitgliederversammlung des Vereins Netzwerk am 12. Juli im Haus der IG-Metall im Postkamp gut besucht. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Horst Dralle erläuterte der Netzwerkreferent Peter Schyga inhaltlich den Entschluss des Vorstand, zu Beginn des nächsten Jahres eine Tagung/Konferenz zum Angriffskrieg russischer Truppen gegen die Ukraine unter dem (Arbeits)Titel „Die Ukraine und Wir." (Die schriftl. Vorlage dazu in diesem NL) Nach einer später folgenden Debatte, sprach sich eine breite Mehrheit der Anwesenden für diesen Plan aus. Der Rechenschaftsbericht des Vorstands, vorgetragen von Horst Dralle, zeichnete insgesamt das Bild einer positiven Entwicklung des Vereins: Präsenz auf vielen erinnerungskulturellen und gesellschaftlichen Feldern, eine rege und qualifizierte Kommunikation im Netzwerk und darüber hinaus, eine ordentliche und sparsame Finanzführung – wie der Verantwortliche Tom Seibert später noch ausführlich erläuterte – und die Zunahme der Mitgliederzahl sprächen für solche Einschätzung. Selbstkritisch wurde festgestellt, dass es noch nicht gelungen sei, einen kompetenten Einstieg in die gar nicht mehr so neuen sozialen Medien zu organisieren. Daran werde weiter gearbeitet. Die Buchprüfer*innen attestierten dem Vorstand eine ordentliche, nicht zu beanstandende Buchführung. So konnte er mit dem Votum der MV entlastet werden. Bei der anschließenden Vorstandswahl wurden alle Vorstandsmitglieder bestätigt. Berichte zu vergangenen Aktivitäten wie der Ausstellung zur Wehrmachtjustiz oder der Mitarbeit um einen sinnigen Umgang mit dem Carl-Peters-Denkmal, sowie Hinweise auf aktuelle Aktivitäten etwa die Organisierung der Übersetzung des digitalen Stadtrundgangs, folgten.
Der vom Vorstand eingebrachte Antrag, die Anzahl der satzungsmäßig verankerten Mitgliederversammlungen auf eine pro Jahr zu reduzieren (statt vier), fand einhellige Zustimmung.
Eine angeregte und produktive Debattenatmosphäre prägte die Veranstaltung, die nach zwei Stunden ihr Ende fand.
Ausführliches zu dieser MV im Protokoll, das demnächst im Menü „Vereinsmitteilungen" auf unserer Website zu finden sein wird.
PS

Jahrestagung der SNG – ein Kurzbericht

Nach Corona bedingter Pause fand am ersten Juliwochenende wieder eine Tagung der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten (SNG) statt. Das Thema: *Überwachung und Terror – die Gestapo als Instrument des NS-Regimes*. In Zusammenarbeit mit der VHS-Osnabrück, den Gedenkstätten Gestapokeller und Augustaschacht hatten die Organisator*innen ein vielfältiges und in weiten Teilen hoch interessantes Programm für die etwa achtzig Teilnehmenden – auch etliche aus unserem Netzwerk waren dabei – zusammengestellt. Gerhard Paul von der Europa-Universität Flensburg führte gewohnt fachkundig mit einem Überblick in das Thema ein. Schwerpunkt der Tagung bildete die Exkursion zu den beiden Gedenkstätten in Osnabrück. An beiden Orten führten Fachkräfte der Gedenkorte die Teilnehmer*innen durch die beeindruckenden Ausstellungen. Beeindruckend deshalb, weil es den Gedenkstättenbetreibern gelungen ist, an diesen Orten von NS-Gewalt und -Unterdrückung mit modernen didaktischen

und technischen Mitteln die Geschichte von Opfern und Tätern anschaulich aber auch analytisch klar zu erzählen. Eine sich anschließende Führung von Mitgliedern des Vereins Spurensuche Osnabrück über den Heger Friedhof, auf dem Kriegsopfer, Zwangsarbeiter*innen und Kinder von Zwangsarbeiter*innen begraben liegen, schloss sich an und vermittelte den Anwesenheit auch ein Bild von der Vielfalt der Erinnerungsarbeit in der Stadt. Am die Tagung beschließenden Sonntagvormittag kamen noch Berichterstatter*innen zu lokalen Projekten in Niedersachsen zu Wort. Bei hervorragender Unterkunft und Verköstigung war den Organisator*innen ein rundum erfülltes Wochenende gelungen, und dies in einer Stadt, deren Charme zur Zufriedenheit der Teilnehmenden sicher beitrug.

PS

Tagesexkursion zum Bückeberg

Wie haben Hitler, Goebbels und Co. Deutschland zur „NS-Volksgemeinschaft“ geformt, die Juden und andere unerwünschte Bürger davon ausgeschlossen und unsere Vorfahren auf den Zweiten Weltkrieg vorbereitet? Eine Antwort suchte der Förderverein Gedenkstätte Ahlem auf einer Fahrt zum Bückeberg bei Hameln am 11.6.2022, an der gut 30 Interessierte teilnahmen. Die Reisegruppe fand eine Anhöhe, auf der zwischen 1933 und 1937 „Reichserntedankfeste“ stattfanden – mit Jahr für Jahr steigenden Zahlen begeisterter Besucherinnen und Besucher (zuletzt eine Million), die aus dem ganzen Reichsgebiet in Sonderzügen herangefahren wurden. Die Feste folgten einer einfachen, aber dennoch ausgefeilten Inszenierung. In ihrem Mittelpunkt stand Hitler. Durch ein Spalier jubelnder „Volksgenossen“ stieg der „Führer“ jedes Mal zu einer Ehrentribüne auf der Höhe des Berges hinauf, beobachtete von dort die Überreichung der Erntekrone, vor allem aber die Zerstörung eines künstlich errichteten Dorfes durch Panzer und Artillerie und kehrte sodann zu einer Rednertribüne am Fuß des Berges zurück, wo er eine emotionale Rede hielt. Juden waren nicht zugelassen, sie durften nicht einmal in ihren Wohnorten in der Nähe wie alle übrigen flaggen.
Als der Landkreis Hameln-Pyrmont (hier v.a. der damalige Landrat Tjark Bartels) 2019 beabsichtigte, den Bückeberg als Lernort auszugestalten, stieß er zunächst auf den erbitterten Widerstand der Hamelner Bevölkerung, die sich ihre Erinnerung an das „grandiose Volksfest“ nicht trüben lassen wollte. Zum Glück ist es dennoch gelungen, das Vorhaben zu realisieren. Der Historiker Bernhard Gelderblom und der Geschäftsführer Alexander Remmel begleiteten die Reisegruppe auf dem Weg über einen sommerlich stillen Berg an der Weser durch die seit November 2021 geöffnete Dauerausstellung; es ist ein schöner Ort. Dabei vermittelten sie die Einsicht: Zusammen mit dem Reichsparteitag in Nürnberg und der Feier des 1. Mai als dem „Tag der nationalen Arbeit“ auf dem Tempelhofer Feld in Berlin war das „Reichserntedankfest“ auf dem Bückeberg ein wesentlicher Bestandteil der Propaganda des NS-Regimes, mit der es ihm gelang, ein ganzes Volk zu verführen.
Förderverein Gedenkstätte Ahlem

Netzwerktagung zur Ukraine 2022/23 – ein Konzept, zur Debatte gestellt

Die letzte Mitgliederversammlung des Netzwerks am 12. Juli 2022 sprach sich nach einer Debatte dafür aus, die nächste Netzwerktagung dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu widmen. Dies jedoch nicht im Hin und Her um offene Briefe (Leopard-Panzer oder weiße Fahnen), um bellizistischen Furor oder pazifistischen Defaitismus, sondern mit genauen und kritischen/selbstkritischen Blicken auf Ost-Mittel-Europa und der Haltung/Standpunkten der Linken/liberalen Linken in den letzten Jahrzehnten.
Das Netzwerk hatte eigentlich für seine nächste Tagung in 2022 das Thema Kolonialismus, Dekolonisation, Erinnerungskultur auf dem Zettel, auch um bei Thema Carl Peters und anderer Kolonialreliquien in Hannover voranzukommen. Die anderen Wirklichkeiten der Welt haben uns eingeholt. Sie machen aus unserer Sicht eine ausführliche kritische Auseinandersetzung mit der russischen Aggression gegen die Ukraine, eine Auseinandersetzung, bei der es auch und vor allem um eine retrospektive und gegenwärtige Selbstkritik geht, notwendig. Wir wissen natürlich nicht, wie sich bis dahin die Kriegslage entwickelt, doch sind die aufgeführten Debattenvorschläge von der dann aktuellen Lage in Europa relativ unabhängig zu besprechen.
Eine Tagung im Winter 2022/23 bzw. Frühjahr (abhängig von der weiteren Covid-Lage) mit dem Thema Ukraine /russische kriegerische Aggression sollte 1 ½ Tage – Arbeitstitel UKRAINE UND WIR – (Fr. später Nachmittag bis Sa. früher Abend) umfassen. Wir bekämen dann 6 Vorträge (oder andere Formate) untergebracht bei Raum für Debatte.
Solch Vorhaben wird organisatorisch und finanziell ein erheblicher Aufwand, doch irgendwie sind wir es auch unserer Tagungstradition, die ja (fast) immer Osteuropa im Blick hatte, schuldig, solch ein Vorhaben zu stemmen. Wer sollte das hier in Hannover denn sonst machen?
Ohne nun einzelne Vortragsthemen konkret zu definieren, schlagen wir folgende Themenkomplexe vor, die in unterschiedlichen Formaten behandelt werden könnten.

Themenkomplex Ia: Beschränkte Erinnerungskultur

Als erinnerungskulturelle Einrichtung sollte bei uns ein Schwerpunkt auf der Frage liegen: Warum und inwiefern finden sich in der Erinnerungskultur gegenüber Ostmitteleuropa so viele Leerstellen? Warum haben wir das so lange währende russische Supremat über die Völker Ostmitteleuropas so verinnerlicht? Etc. Das jüngst erschienene Buch „Offene Wunden Osteuropas“ von *Franziska Davies und Katja Makhotina*, die wir einladen sollten, gibt wichtige Hinweise auf etliche Facetten dieser Frage-/Problemstellungen.
Mit diesem Defizit geht einher, die Ukraine u.a. andere Nationen des ehemaligen sowjetischen Imperiums nicht als eigenständige Nationen/Völker mit ihrer jeweiligen Geschichte, Kultur, auch Sprache, begriffen zu haben. Mit ein wenig Geschichtsunterricht könnte uns z.B. *Andrij Portnov* (Vidrina Fft./Oder) auf die Sprünge helfen.

Themenkomplex Ib: Scheuklappen Richtung Osten

Beides (u.a.) findet seinen Niederschlag in der Unaufmerksamkeit um nicht zu sagen Ignoranz, mit der bei uns die demokratische Bürger*innenbewegung in der Ukraine seit 2004 (Orange Maidan) spätestens seit 2014 (Euromaidan) betrachtet/beachtet worden ist – von Unterstützung gar nicht zu reden. D.h. die innerukrainischen Verhältnisse, die eben nicht nur durch Korruption, Vetternwirtschaft, Oligarchie und unzulängliche Rechtsverhältnisse bestimmt werden, sondern durch eine Gesellschaft gekennzeichnet ist, die sich in vielen Teilen massiv

diesen immer aufs Neue reproduzierten Nachwehen der SU-Zeit entgegenstemmen. Wir könnten uns einen Beitrag von *Viola von Cramon* vorstellen, die als Osteuropaexpertin der Grünen seit Jahren erhebliches Engagement in Ostmitteleuropa bewiesen hat.

Themenkomplex IIa: Entspannungspolitik und Wir

Diese Unaufmerksamkeit hat seine Gründe. Wir müssen das zeithistorisch/politische Thema zu Entspannungspolitik und (bundes)deutscher Friedensbewegung – eigentlich die Zeit seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts aufrollend – kritisch und sicher auch kontrovers behandeln. Entspannungspolitik hieß gegen heftigen innenpolitischen Widerstand (CDU plus alles rechts von ihr) die Grenzen Europas anzuerkennen! Dies und die große Geste W. Brandts in Warschau schufen überhaupt erst Voraussetzungen für Entspannungsbemühungen im Kalten Krieg. Dabei soll der Blick jenseits von Legendenbildungen auf die lange Geschichte von friedenspolitischer Politik und entsprechenden Bewegungen, in denen sich immer Außen- und Innenpolitik verschränkt haben, geworfen werden. Gewiss wird auch Aufmerksamkeit auf diejenigen zu richten sein, die heute Entspannungspolitik diskreditieren aber seit den späten 50er Jahren mit Verve und Engagement ihren Kapital- und Profitinteressen in der SU/dann Russland nachgingen und später quasi aus diesen Interessen die Politik vor sich hertrieben. *Kundige Zeitzeug*innen der letzten 50 Jahre Politik haben, die diesen Part übernehmen können, wir etliche in unsere Reihen.*

Themenkomplex IIb: Was war, was ist denn nun die SU und Russland wirklich

In diesem Zusammenhang ist es geboten, der damaligen – und heute immer noch vorhanden – Sicht der westdeutschen / westeuropäischen / weltweiten, wenn man auf Südamerika blickt, Linken auf die Sowjetunion und Russland Aufmerksamkeit zu schenken. Die realen Unterdrückungsverhältnisse seit der russ. Revolution missachtend oder gar leugnend blieb im langen „antiimperialistischen Kampf“ von den 60er Jahren bis zu Friedensbewegung der 80er Jahre der sowjetische Imperialismus weitgehend ignoriert. Die Verbrechen der USA und ihrer Verbündeten weltweit waren zu Recht Thema entschiedenen Widerstands, Aggressionen der SU bekamen zu oft den Stempel der unschönen aber nötigen Selbstbehauptung gegenüber vermeintlichem oder tatsächlichem westlichen Suprematie-Streben. Die inneren Verhältnisse der Unterdrückung und Freiheitsberaubung in der SU blieben viel zu oft eine (bewusste) Blindstelle im Bild von Linken über die SU. Das hat sich nach Putins Machtantritt wenig geändert.

Gert Koenen, der sowohl SU- bzw. Russlandkenner ist als auch führende Figur in der politischen Linken der 70/80 Jahre in Westdeutschland war (Lit. Der Russlandkomplex; Die Farbe Rot) käme hier als Vortragender in Frage. Zudem soll sich darum bemüht werden, jemanden aus der aktuellen exilierten Putin-Opposition nach Hannover einzuladen.

Themenkomplex III: Empörung darf/muss sein

Der gegenwärtige Krieg von Russland gegen die Ukraine als völkisch-imperiale Fortsetzung kolonial/imperialer Zerstörung von Nationen und Völkern im russischen Reich zeigt sich in einer heftigen Vernichtungsenergie gegen Menschen, Kultur, Freiheit und Demokratie. Barbarische Raub,- und Mordaktionen, Vergewaltigung und Schändung als Kriegswaffe kennzeichnen Putins Krieg ebenso wie der Einsatz von russischen Soldaten als Kanonenfutter und eine aufs äußerste getriebene Unterdrückung im Innern. Die Opfer- und Heldenerzählung des „Großen Vaterländischen Krieges“ gegen NS-Deutschland dient dabei als wichtiges Element einer

ideologischen aufgeladenen geopolitischen Feindstrategie, die unter dem Motto: „Verteidigung erlaubt alles“ Vernichtung zum Ziel und Zweck hat.
Kata Miszkiel-Deppe und ukrainische Kolleg*innen sollten hier zu Wort kommen – auch in ihrer Betroffenheit, Ohnmacht und Wut.
Peter Schyga und Kata Miszkiel-Deppe im Juli 2022

Ausstellung zur Wehrmachtjustiz in Hannover – eine Bilanz

Der Arbeitskreis Wehmachtjustiz im Netzwerk Erinnerung und Zukunft hat seit 2019 die Präsentation der Ausstellung „Was damals Recht war … Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ der *Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas* vorbereitet und begleitet. Der Schwerpunkte des Tuns lagen in der forschenden Erarbeitung und sinnvollen Präsentation von vier Opfer und drei Täterbiografien von Personen aus Hannover und der Region. Zudem organisierte er ein umfangreiches wissenschaftliches Begleitprogramm mit fünf Vorträgen während der achtwöchigen Ausstellungsdauer. Dem Arbeitskreis gehörten dauerhaft an: Hannelore Köhler (Antikriegshaus Sievershausen), Cos Toezen (Volksbund), Ralf Buchterkirchen (DFG-VK), Silke van Laak und in ihrer Nachfolge Franziska Thom (FzH-Linden), Günther Watermann, Marco Dräger, Lutz Gecks, Peter Schyga als Netzwerkmitglieder und Andreas Paul, der als Designer nicht nur die Website und die Folder mit erarbeitet und gestaltet hat, sondern auch im Diskussionsprozess der Gruppe eingebunden war.

In einer abschließenden Besprechung zogen die Teilnehmer*innen des Arbeitskreises Bilanz, die hier wiedergegeben wird. Seine Arbeit sei insgesamt produktiv gewesen. Seine Mitglieder haben etwas auf die Beine gestellt, das sich sehen lassen konnte.

Auch wenn eine Bewertung um Erfolg oder Flop der Ausstellung zur Wehrmachtsjustiz zum hohen Teil davon abhängt, mit welchen Erwartungen das Projekt gestartet ist: Die Präsentation ist als gelungener Akt im Rahmen von Erinnerungskultur des Netzwerks zu werten.

Die Erarbeitung und Präsentation der Täter-/ Opferbiografien und ihre Darstellung waren gut und professionell. Wir besitzen nun mit der Website, den Rollups und den biografischen Ordnern Material, das für zukünftige Projekte gut angeboten und genutzt werden kann.

Blick auf die Biografie-Rollups im Eingangsbereich der Präsentation; Foto: PS

Die Werbung für diese Ausstellung durch das Netzwerk war gut. Über Newsletter, Netzwerkkalender, Website, E-mail-Verteiler, Plakate zur Ausstellung allg. plus einzelne

Vorträge, Flyer, persönliche (über mail) Ansprache von Lehrer*innen wurden die Ausstellung und die Vorträge beworben; die HAZ und H1 Radio für Hannover berichteten. Die meisten Koop-partner*innen haben in ihren Mitteilungskanälen ebenfalls geworben.

Die Besucherzahlen der Veranstaltungen hätten bei einigen Vorträgen durchaus besser sein können. Über Gründe für die in Augen einiger nicht befriedigende Resonanz wird noch zu reden sein. Das Programm selbst war anspruchsvoll. Die Referent*innen haben zugesagt, uns ihre Darstellungen noch als pdf liefern, so dass diese auf die Website gestellt werden können. Zudem sind wir bestrebt, die Beiträge in einer Broschüre zu veröffentlichen.

Schüler*innen aus der Wedemark lauschen einer Einführung, bevor es an die Gruppenarbeit zur Biografie Forschung geht. Fotos: Anke Biedenkapp

Führungen durch die Ausstellung gab es: 3 für Erwachsene; 5 für Schulklassen. Das ist zwar weniger als von uns erwartet, doch die Schulen hatten mit erheblichen Nachwehen der Corona-Einschränkungen zu ringen, so dass dort Kapazitäten für eine Exkursion zur Ausstellung knapp waren. Bei den Führungen bzw. Workshops stellte sich heraus, dass unsere Regionalstudien unabdingbar für ein tieferes Verständnis des Themas waren. Die biografischen dokumentarischen Angebote auf unserer Website wurden in diesem Zusammenhang eifrig genutzt. Etwa 250 Einzelbesucher*innen wurden gezählt.

Die erste Führung am Tag der Eröffnung; Foto: Tom Seibert

Finanziell sind wir ein hohes Risiko eingegangen – die Ausleihe war teuer. Doch wenn die Koop-Partner*innen ihre zugesagten finanziellen Beiträge begleichen – wovon ausgegangen werden kann – wird ein ausgeglichener Saldo ausgewiesen werden können.
Für den Arbeitskreis: Peter Schyga

Unkraut vergeht nicht! 75 Jahre VVN

1945, kurz nachdem sie den Lagern und Zuchthäusern der Faschisten entkommen waren, schlossen sich viele Befreite in „KZ-Ausschüssen“ zusammen, in Hannover schon im April. Es ging damals zunächst natürlich um unmittelbare soziale Interessen und Rechte. Gemeinsam war ihnen aber auch ein politischer Anspruch, der in dem *Schwur von Buchenwald* eindringlich formuliert ist. Dessen Kernsatz lautet: *„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“* Bei den Versuchen der Alliierten, neue demokratische Strukturen aufzubauen, griffen sie deshalb vielfach auf diese Kreise zurück und gaben ihnen wichtige administrative Aufgaben wie Ämter als Bürgermeister und Landräte.
Die Ausschüsse suchten bald nach überregionalen Verbindungen, nach der Neukonstituierung der künftigen Bundesländer auf dieser Ebene. Da jedoch inzwischen der „kalte Krieg“ das politische Klima bestimmte, wurden in den zarten Pflänzchen des Antifaschismus schnell die Keimlinge eines gefährlichen Unkrauts erkannt! Schon die Gründung der VVN Niedersachsen stieß bei der Besatzungsmacht auf Skepsis und Misstrauen.
Die VVN mit ihren Gründerinnen und Gründern verstand sich als überparteilich und überkonfessionell. Ihr gehörte neben den vielen Kommunistinnen und Kommunisten, die wegen ihres entschlossenen Widerstands von Anfang an brutal verfolgt worden waren, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und viele Menschen jüdischer oder christlicher Religion an. Die wollten sich aber nie von den kommunistischen Mitgliedern distanzieren. Es galt also den gepflegten Garten unserer neuen Republik von diesem Gewächs

zu säubern, besonders auch, weil es - mit vielen anderen – der Wiederbewaffnung im Wege stand. Die SPD machte 1948 mit ihrem „Unvereinbarkeitsbeschluss“ den Anfang, hatte damit jedoch wenig Erfolg. Er wurde dann erst 2010 aufgehoben. In Niedersachsen und zwei weiteren Ländern versuchte man es 1951 mit einem Verbot und scheiterte damit politisch und 1954 auch gerichtlich. Um ein bundesweites Verbot durchzusetzen, zog man vor das Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Dessen Vorsitzender wurde jedoch als alter Nazi entlarvt, so dass der Prozess platzte!
Alte und neue Nazis sammelten sich besonders in der NPD und zogen in die Parlamente ein. Gleichzeitig fragten immer mehr junge Menschen nach der Vorgeschichte und Entwicklung ihres Staates. Da konnte die VVN Antworten geben! Sie öffnete sich also dieser Generation zum *Bund der Antifaschisten (VVN-BdA).* Trotz den auch dabei drohenden Berufsverboten gewann sie so viele neue Mitglieder!
Nach der „Wende“ von 1989 wurde manche neue politische Orientierung fällig. Die VVN-BdA kann für sich beanspruchen, eine Vereinigung mit den Verbänden der ehemaligen DDR auf neuer Grundlage gemeinsam erarbeitet zu haben. Sie wurde2002 vollzogen. Die Aufgaben blieben die alten: Gegen den Geist der alten Nazis und ihren politischen Wiedergängern, gegen Rassismus, gegen Rüstung und Krieg! Sie hat Erinnerungsarbeit geleistet, als Erinnerungskultur noch nicht erfunden worden war und wird dabei noch weiter voran gehen!
Aber nach Herbiziden wird immer noch gesucht. Jüngst sollte die Einstufung dieser Vereinigung als „verfassungswidrig beeinflusst“ durch den bayerischen Inlandsgeheimdienst dazu dienen, ihr die vereinsrechtliche Gemeinnützigkeit abzusprechen. Auch das scheiterte und brachte ihr viele neue Mitglieder. Zu Recht hat sie also am 26. Juni in Hannover ihr 75-jähriges Bestehen gefeiert!

Reinhold Weismann-Kieser

„Tag der Befreiung – Erinnerung für die Zukunft“

Mit Dank für die Genehmigung drucken wir hier aus der Zeitschrift spw 3/2022 den Vortrag von Rolf Wernstedt ab, den er bei der Veranstaltung des Forums für Politik und Kultur, FES Niedersachsen, DGB, ver.di-Bildungswerk, Arbeit und Leben am 8. Mai 2022 im Alten Magazin in Hannover gehalten hat. Ein 8 .Mai-Ritual überwindend setzt sich der Autor vor einem im großen Bogen gespannten zeitgeschichtlichen Hintergrund mit der Gegenwart des russischen Krieges gegen die Ukraine auseinander und fordert auf, gerade an diesem Erinnerungstag Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Geschichte nicht missbraucht wird. Rolf Wernstedt ist ehemaliger niedersächsischer Kultusminister und Präsident des Niedersächsischen Landtages, er war unter anderem langjähriger Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und Präsident der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft.

In diesem Jahr über Erinnerung an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges zu reden ist schwieriger als in den vielen Jahren davor. Wir haben diesen Tag schon immer als „Tag der

Befreiung“ bezeichnet und so eingeordnet. Das war in Deutschland keineswegs eindeutig. In ganz Deutschland waren die Menschen froh, dass der Krieg zu Ende war, der so viel Leid über fast alle gebracht hatte. Insofern war er für alle eine Befreiung. Aber als Befreiung vom Faschismus oder genauer vom Nationalsozialismus wollten es die meisten nicht sehen. Die Mehrheit in Deutschland sah die Kapitulation als Tag der Niederlage. Und noch bis in die 50er Jahre hinein mussten sich in Westdeutschland die Befürworter des Widerstands vom 20. Juli 1944 als „Vaterlandsverräter“ vielfach rechtfertigen.
In der Sowjetzone und der DDR war der 8. Mai immer der schulfreie Tag der Befreiung. Dort hatte man durch die Erklärung der sozialistischen Staatsform alle Einwohner gleichsam von Verantwortung für den Nationalsozialismus freigesprochen. In Stalins Note von 1952 wird ausdrücklich die Verantwortung auf die schon verurteilten Nationalsozialisten reduziert. In der DDR-Schule galt der Satz von Stalin: „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt bestehen“.
In einem jahrzehntelangen Diskussionsprozess hat sich in der Bundesrepublik eine Sichtweise herausgebildet, die den komplexen Zusammenhang von Verantwortung, Schuld und historisch-politischer Einordnung herausgebildet hat. Ich will nur Stichworte nennen: Der Auschwitz-Prozess der 1960er Jahre hat eine Besinnung darüber ausgelöst, dass die systematische und industrielle Vernichtung der Juden sowie der Sinti und Roma mit völkisch-nationalistischer Begründung eine nicht zu relativierende Schuld-Dimension hat. Die Studentenrevolte der 1960er Jahre hat dies in sehr drastischen Formen mit ermöglicht, so dass seit den 1960er Jahren eine breite Diskussion über die politischen Zusammenhänge stattfand. Endlich wurde auch in den Schulen der Geschichtsunterricht nicht mehr mit dem Jahre 1933 abgebrochen. Historische und politische Wissenschaften unterlegten die Urteilsfindung mit umfangreichen Detailuntersuchungen. Man muss aber wissen, dass sich die Mehrzahl der Deutschen als Opfer empfand, die ihre eigenen Verluste und Schmerzen beklagten. Heimatvertriebene, Bombenopfer, Wehrmachtstote, Gefangene und andere Betroffene sahen sich und ihr Schicksal, aber nicht den Zusammenhang, der auch ihre Denk- und Handlungsweise vor und nach 1933 betraf. Eines der markantesten Beispiele für diese Grundhaltung ist die gut nachvollziehbare Klage der betroffenen Deutschen über die etwa 1 Million in sowjetischer Gefangenschaft umgekommenen deutschen Soldaten. Aber über die etwa 3 Millionen in der Gefangenschaft der Wehrmacht umgekommenen sowjetischen Soldaten verlor man Jahrzehntelang fast kein Wort. In Niedersachsen liegen davon mehr als 150 000.
Es gab keine Erinnerungskultur, sondern viele Erinnerungskulturen in Deutschland. Unabhängig von der Diskussion über die Judenvernichtung, die nach dem Film von 1979 als Holocaust verstanden wird, entwickelte sich eine Diskussion über die Mitverantwortung der deutschen Wehrmacht für den völkerrechtswidrigen Charakter des Zweiten Weltkrieges. Der historische Revisionsversuch der Relativierung der deutschen Verantwortlichkeit unter Einschluss der Wehrmacht ist im sogenannten Historikerstreit 1986 ff. gescheitert. Und die Wehrmachtsausstellung 1997 ff. machte der totalen Unschuldsvermutung der Wehrmacht endgültig ein Ende. Erst 1997 hat der Bundestag in einem einmütigen Beschluss festgestellt, dass der Zweite Weltkrieg im Osten ein Angriffs- und Vernichtungskrieg war. Die Wehrmachtsführung hatte es zugelassen, dass die Regeln des internationalen Völkerrechts gegenüber den slawischen Ländern nicht gelten sollten. Hinter diese Erkenntnis kann und will

außer wenigen niemand mehr zurück. Das bedeutet natürlich nicht, dass jeder deutsche Soldat als Kriegsverbrecher zu sehen ist. Aber dass jeder deutsche Soldat unabhängig von seiner möglichen individuellen Schuld oder Unschuld in einem verbrecherischen Zusammenhang stand, ist unbestritten. Deswegen kann man ohne Zögern davon sprechen, dass unabhängig vom individuellen Charakter über jedem deutschen Soldatenfriedhof der Schatten des Holocaust liegt. Der symbolische Ort dieser Gesamtverantwortung sind die vielen Gedenkorte und Monumente, vor allem aber das Stelenfeld in Berlin am Brandenburger Tor.
Die Deutschen in Ost und West haben sich seit 1945 deshalb in kriegerischen Verlautbarungen zurückgehalten. Die Sprache war nicht militaristisch. Und im sogenannten Kalten Krieg waren die Positionen verhärtet, aber nicht provokativ, weil sich unter der Erfahrung der Atombombe niemand mehr einen großen Krieg vorstellen konnte und ihn auch nicht wollte. Gleichwohl hat die Abneigung gegenüber der Sowjetunion und ihrer Politik in Deutschland manches negative Vorurteil aus der Nazi-Zeit und davor gegenüber den „Russen“ scheinbar bestätigt und damit die notwendige Aufarbeitung erschwert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres Imperiums in den Jahren 1989 - 1991 schien es so, dass die Einheit Deutschlands und die nationale Souveränität der mittel- und osteuropäischen Länder des ehemaligen Warschauer Paktes ein stabiles und friedliches Europa auf lange Sicht garantieren würden. In Deutschland ist das nationalistische Narrativ durch die verbrecherische, völkermörderische Implikation endgültig korrumpiert. Das zu wissen und nicht zu vergessen bleibt ein ständiger Auftrag historischer und politischer Bildung und der daraus zu gestaltenden Politik.
Wir haben aber bisher vielleicht zu wenig wahrgenommen und darüber nachgedacht, dass wir in Deutschland die einzigen sind, die bezogen auf ihre Geschichte auch die notwendigen negativen Seiten thematisieren. Wir wissen, dass wir auf uns selbst aufpassen müssen. Und ich hoffe, dass diese Lehre auch von den nachwachsenden Generationen akzeptiert wird. Denn auch die persönliche Unschuld an den Verbrechen und Irrtümern der vergangenen Generationen befreit nicht von dem Bewusstsein der nationalen Gesamtverantwortung für eine friedliche Zukunft.
Aber genau diese Schlussfolgerungen müssen alle überfallenen Länder nicht ziehen. Für sie alle gilt die Verteidigung und emotionale Bindung an ihr Vaterland als unhinterfragbar positiv. Hinter dieser Einstellung steht auch die Praxis, eigene Vergehen nicht zu thematisieren. Wir Deutschen können darüber kaum sprechen, weil dann der Verdacht entsteht, wir wollten die deutschen Taten relativieren. Wir haben es deswegen heute mit einer Situation zu tun, in der in allen Ländern, die das nationalsozialistische Deutschland überfallen hat, der 8. Mai als Tag der Befreiung von den Nazis (vom Faschismus) gesehen und gefeiert wird. Für die westlichen und südeuropäischen Länder ist dies ein selbstverständlicher Akt; für die osteuropäischen Länder ist der nationale Stolz verbunden mit der staatlichen Existenz und der als neu empfundenen Souveränität. Überall geschieht es in demokratischen Formen, auch wenn manche historisch bedingte Ausprägung unter dem entfesselten neoliberalen Kapitalismus zu viel Undurchsichtigkeit und Oligarchendominanz und autoritären Versuchen führt.
Deswegen stellt sich angesichts des gegenwärtigen Krieges Russlands gegen die Ukraine die Frage neu, welches jeweilige Geschichtsverständnis bei den Beteiligten zugrunde liegt. Man muss zunächst verstehen lernen, wie gedacht, interpretiert und gehandelt wird, um ein eigenes Urteil zu fällen. Die dem Wort „verstehen“ auch innewohnende Bedeutung „verstehen gleich

billigen und entschuldigen“ allen zu unterstellen, die sich um rationale Aufarbeitung historischer Ereignisse bemühen, ist selbst böswillige Polemik. Als ich in meinem Studium osteuropäische und russische Geschichte zu meinem Schwerpunkt wählte, wollte ich zum Beispiel das Zarentum nicht billigen, sondern begreifen, welche Folgen das für das russische Staatsverständnis hat. Dabei stößt man auf die Tatsache, dass Russland in den verschiedenen Jahrhunderten, wie alle Länder Europas, eine selbstverständliche autoritäre, ja gewaltsame und unterdrückerische Geschichte hatte. Der russische Staat, sofern er schon institutionell geformt war, war das Instrument der absoluten Herrschaft. Und während sich in Europa mit der aufkommenden Aufklärung im Gefolge des Dreißigjährigen Krieges in je unterschiedlichen Formen herrschaftsbegrenzende Tendenzen entwickelten und in der Französischen Revolution ihren markantesten Ausdruck fanden, blieb diese Entwicklung in Russland aus. Dort wurde die Leibeigenschaft erst 1861 aufgehoben, ohne dass die Bauern eine befriedigende soziale und wirtschaftliche Grundlage hatten. Demokratisches Denken war nicht einmal in der Revolution von 1905 das Hauptthema. Russland ging aus dem Ersten Weltkrieg als Verliererin hervor, die Staatsform wechselte nach einem grauenvollen Bürgerkrieg von der zaristischen Diktatur in die bolschewistische. Bis 1990 blieb Russland in Gestalt der Sowjetunion ein diktatorischer Staat auf der Grundlage einer europäischen Theorie (nämlich des Marxismus, der um russische Bedürfnisse zurechtgebogen wurde zum Marxismus-Leninismus.).
Demokratisches Denken war in Russland und der Sowjetunion nicht verbreitet. Es reduzierte sich auf eine dünne Intellektuellenschicht, die sich im Exil befand. Und man muss sehen, dass die stalinistische Form mit ihrer grausamen innerparteilichen Verfolgungspraxis, Bauernverfolgung und politischer Unnachgiebigkeit einen nicht sozialistischen Aspekt hatte.
Das zaristische Russland und die Sowjetunion hatten zur ideologischen Stabilisierung ihrer Herrschaft immer die Besonderheit ihrer nationalen und kolonialen Vergangenheit im Blick. Die jahrhundertelange allmähliche Ausweitung der russischen Herrschaft war immer mit dem Stolz auf die Leistung dieser Eroberung verbunden. Und die kolonialistische Ausweitung der russischen Herrschaft in Mittelasien, Kaukasien und im Baltikum und auch die Herrschaft über Teile polnisch sprechender Gebiete hatte immer einen selbstverständlichen Aspekt unter allen Russen. Deswegen konnte 1812 ff. die Napoleonische Aggression mit dem motivierenden Kampfruf des „Vaterländischen Krieges“ bekämpft werden. Denselben Aspekt hatte Stalin im Blick, als er die Soldaten der sowjetischen Armee den Zweiten Weltkrieg als „Großen Vaterländischen Krieg“ erklärte.
Dieses Selbstverständnis, dass Russland beziehungsweise die Sowjetunion um ihre nationale Ehre und ihr vaterländisches Erbe besorgt sein müssen und es sich dafür zu kämpfen lohnt, lebt bis heute fort. Deswegen gilt es bis heute, dass alle gefallenen Soldaten Helden sind und auch so propagandistisch präsentiert werden. Die monumentalen Siegesdenkmäler in Wolgograd, St. Petersburg oder Berlin-Treptow sind Ausdruck dieses Selbstverständnisses. Die trauernde Mutter, wie sie auf den Denkmälern in Hörsten/Bergen-Belsen oder in Hannover am Maschsee zu sehen sind, sind selten. Wer nicht für das russische/sowjetische Vaterland gefallen ist, sondern in Gefangenschaft geriet, wurde verachtet. Deswegen hat zum Beispiel die sowjetische Regierung niemals den Verwandten mitgeteilt, dass ihre toten Söhne oder Väter tot sind und auf deutschen Friedhöfen liegen, obwohl die Briten ihnen 1945 alle Namen übergeben hatten.

Diesen Aspekt, dass die Ehre und das Selbstverständnis Russlands untrennbar mit den Millionen Opfern des Zweiten Weltkrieges verbunden ist, macht sich auch heute Putin zunutze. Es war der Kampf gegen die Faschisten, Nazis und Kollaborateure und für das Vaterland. Deswegen ist es bis heute von nicht zu unterschätzender Kränkung Russlands, wenn gegenwärtig die Ukrainer darauf bestehen, ihre eigenen Trauerfeiern zu gestalten. Das Gleiche gilt für das nationale Narrativ der anderen osteuropäischen Länder und des Baltikums. In Polen wird mit Stolz darauf verwiesen, dass es Polen gewesen seien, die Europa dreimal gerettet haben, nämlich 1683 vor Wien gegen die Osmanen, 1921 gegen die Sowjetarmee und 1990 durch die Solidarność. Die Selbständigkeit eines polnischen Nationalstaats zwischen den Weltkriegen war bei genauem Hinsehen keine demokratische Erfolgsgeschichte, der deutsche Überfall aber eine unvergessliche Qual, und die kommunistische Herrschaft galt fremdbestimmt. Erst die eigenen Freiheitserfolge der 1980er und 1990er Jahre konnten den Polen ihre volle Souveränität erleben lassen. Diese wollen sie sich unter allen Umständen bewahren. Die historischen Ressentiments gegen Russland und Deutschland bleiben erhalten. Die Polen stehen hinsichtlich ihres Geschichtsverständnisses mit dem Rücken sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber Russland.
Auch die baltischen Staaten haben erstmals seit den 1990er Jahren eigene Souveränität leben können, die sie sich als unmittelbare Nachbarn Russlands nicht nehmen lassen wollen. Die Schwäche Russlands nach 1990 war die Voraussetzung für die Souveränität aller Nachbarstaaten der föderativen Republik Russland. Das gilt auch für Armenien und Georgien. In Erinnerung an die jahrhundertelange imperiale Vorherrschaft im zaristischen und Sowjetrussland war es eine innere Demütigung vieler Russen, die von außen, nämlich dem Westen unter US-amerikanischer Führung geförderten unabhängigen Staaten außerhalb des eigenen Einflusses zu sehen. Die kam besonders im Verhältnis zur Ukraine zum Ausdruck. Die Ukraine war als Sowjetrepublik schon einmal fast souverän und Mitglied der UNO. Nach den turbulenten kapitalistischen Umwälzungen der 1990er Jahre festigten sich die Unabhängigkeitsgefühle. Dabei muss man wissen, dass es immer eine ultranationale ukrainische Bewegung gab, die auch während der deutschen Besetzung mit den Deutschen kollaborierte. Der heute von ukrainischen Nationalisten verehrte Bandera, vor dessen Denkmal auch der ukrainische Botschafter in Deutschland, Melnik, ehrfurchtsvoll einen Kranz niedergelegt hat, hat mit seiner Organisation die Nationalsozialisten einschließlich der Judenverfolgung unterstützt. So etwas ist der Grund, weshalb heute Putin und der Außenminister Lawrow von den Nazis in der Ukraine reden können. Dass dies offenbar nicht die ganze Wahrheit ist, wird in der russischen Propaganda unterschlagen.
Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Demokratisierungsprozess in der Ukraine seit 30 Jahren viele Aspekte hat. Aber erst die mit vielfacher westlicher geheimer und offizieller Unterstützung erfolgten Unruhen auf dem Maidan haben die Skepsis auf russischer Seite bestärkt und die Gebietsansprüche Russlands auf die Krim sowie auf die östliche Region der Ukraine in Donezk und Luhansk bekräftigt. Es war ein Völkerrechtsbruch, weil Russland in dem Budapester Abkommen die Unantastbarkeit der ukrainischen Grenzen garantiert hatte und dafür die in der Ukraine lagernden sowjetischen Atomwaffen erhielt. Es kann kein Zweifel bestehen, dass der militärische Überfall Russlands in die Ukraine nicht nur ein Völkerrechtsbruch ist, sondern auch eine tiefe Gewaltbereitschaft auf russischer Seite zeigt. Es

ist nun interessant, dass zur Begründung dieses Völkerrechtsbruchs die historischen Mythen russischer Geschichte bemüht werden, die die enge Verbindung der Ukraine mit Russland betonen. Der Vorwurf der Nazi-Herrschaft in der Ukraine ist mit Blick auf Bandera und einigen nationalistischen Aktivisten ein probates Mittel zur Herstellung und Stabilisierung des russischen Vorgehens. Dass dieses Vorgehen auch die Unterstützung der russisch orthodoxen Kirche hat, verschafft Putin eine breite innerrussische Resonanz. Zur politischen Beurteilung des kriegerischen Geschehens gehört das Wissen darum, dass sich Putin offenbar an die Prinzipien des imperialen Russlands orientiert, das die Vorherrschaft in den Nachbargebieten für notwendig hält, um die eigene Herrschaft zu sichern und langfristig zu stabilisieren.
Die kriegerischen Auseinandersetzungen seit dem 24. Februar 2022 haben allerdings in der Ukraine einen Widerstandswillen und ein wachsendes Zusammengehörigkeitsgefühl der Ukrainer bewirkt, das alle überrascht. Gerade weil dies so ist, erscheint die gegenwärtige Situation so verfahren. Das putinsche Vorgehen gilt nicht nur dem Geländegewinn im Südosten der Ukraine und der Krim, sondern dient auch der demokratischen und nationalen Entwicklung der Ukraine. Es steht nämlich dem aus imperialem Denken stammenden Herrschaftsanspruch entgegen. Andererseits ist der möglich national begründete Demokratisierungsanspruch der Ukraine eine latente Gefahr für die Putinsche Herrschaft in Russland. Die diktatorischen Maßnahmen bei falschem Sprachgebrauch sind beängstigend. Wenn man in Russland das russische Vorgehen „Krieg“ nennt und nicht „Sonderoperation“, macht man sich strafbar. Das ist mehr als sich die DDR erlaubt hat, wenn man nicht ihre Terminologie benutzte.
Morgen wird es in Moskau wieder eine große Militärparade geben. Der 9. Mai 1945 ist seit Stalins Zeiten der Tag der Befreiung vom Faschismus. Es wird wieder der Große Vaterländische Krieg beschworen als Ausdruck nationaler Größe. Der militärische Aspekt hat in den letzten Jahren eine immer stärkere Betonung erfahren. Wenn entgegen offenbar erwarteter Schwäche der Ukraine kein sichtbares und propagandistisch verwertbares Ergebnis vorliegt, wird es für die ganze Welt gefährlich. Jede politische Perspektive muss im Blick haben, dass es legitime Sicherheitsinteressen jedes Staates gibt. Das geltende Völkerrecht geht von der Unberührbarkeit des Territoriums eines jeden souveränen Staates aus. Dies zu ändern ist nur einvernehmlich und in Abstimmung mit der UNO möglich. Wenn sich ein Staat wie Russland gegenwärtig in der Ukraine, Georgien und Moldau (Transnistrien) gewaltsam durchzusetzen versucht, ist dies nicht zu dulden. Dennoch muss der Westen, einschließlich der USA und der EU darauf achten, dass nicht gesellschaftliche und innerstaatliche Entwicklungen gefördert werden, die wiederum als Einmischung verstanden werden können. Dass die NATO nach den 1990er Jahren alle mittelosteuropäischen Staaten, die zur Sowjetunion gehörten, in sich aufgenommen hat, muss verständlicherweise einem aus altem imperialem Denken kommenden Menschen missfallen. Das zu verstehen heißt nicht, es zu billigen. Aber ohne gegenseitige Garantien wird es nicht gehen. Jürgen Habermas hat vor einigen Tagen stirnrunzelnd darauf hingewiesen, dass die ausschließlich vorgetragenen moralischen Maßstäbe zur Bewertung der Vorgänge einen Zug der Selbstgerechtigkeit tragen. Deswegen ist es richtig, die demokratischen Werte, die auch den Wert und den Schutz des Lebens einschließen, nicht selbst gewaltsam und selbstgerecht vorgetragen werden.
So bleibt der 8. Mai für alle der Tag der Befreiung vom Faschismus. Aber Struktur und Herkunft des russischen Denkens erlauben es nicht, das militärische Vorgehen so zu begründen, als ginge

es heute in der Ukraine wie im Großen Vaterländischen Krieg um die Befreiung vom Faschismus. Befreiung vom Faschismus heißt auch, sich gegen den Missbrauch des Vokabulars zu wenden.
Befreiung vom Faschismus bedeutet auch, aus der Geschichte für die Gegenwart und Zukunft die Lehre zu ziehen, nicht falsche Begründungen und Vokabeln zu benutzen, um höchst fragwürdige politische Absichten zu verdunkeln. In dem Begriff der Freiheit steckt nicht nur die individuelle Freiheit, sondern auch die Verantwortung dafür, dass Geschichte nicht missbraucht wird. Deswegen wird der 8. Mai wohl noch lange nicht nur ein Tag der Befreiung vom Faschismus sein müssen, sondern auch ein Tag der Besinnung auf vergangenes Leid, das wir in der Zukunft verhindern wollen.
Und das ist gut so.

Das Andere Deutschland -–eine pazifistische Zeitung aus Hannover

In der kürzlich im Freizeitheim Linden zu Ende gegangenen Ausstellung unter dem Titel „Was damals Recht war...“ - Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ fand sich in einer Vitrine die Kopie einer Broschüre unter dem Titel „Wehrmachtsjustiz im Dritten Reich – Von Newel bis Remagen“. Der Autor war Oberstrichter a.D. Dr. Freiherr von Dörnberg. Wolfgang Schaedla-Ruhland steuerte einen Beitrag über Remagen zu dieser Broschüre bei. Es ist eine erste Zusammenstellung ebenso ungerechter wie unmenschlicher Urteile, die in Russland, Estland, aber auch Deutschland während des 2. Weltkrieges gefällt wurden.
Das Erstaunliche daran: diese Broschüre wurde zu einem sehr frühen Zeitpunkt, nämlich schon 1948, herausgegeben, vom Verlag „Das Andere Deutschland“, der hier bei uns in Hannover in der Goethestraße 17 und später in der Podbielskistr. 26 ansässig war.
„Das Andere Deutschland“(AD). Was war das für eine Zeitung, für die Fritz Küster schon 1947 die Lizenz für ihre erneute Herausgabe nach dem Krieg bekam? Und wer war Fritz Küster?
Fritz Küster, Jahrgang 1889, von Beruf Vermessungstechniker bei der Reichsbahn, wurde 1919 Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG). Zusammen mit einem Freund, dem Sonderschullehrer Friedrich Kayser, engagierte er sich in Hagen, wo die beiden eine Ortsgruppe der DFG gründeten. Bald entwickelte sich daraus der sogenannte „Hagener Kreis“, der sehr viel kämpferischer und radikaler auftrat, als es in der restlichen Deutschen Friedensgesellschaft üblich war.[1] Vor dem ersten Weltkrieg bestand die DFG aus wohlmeinenden Intellektuellen, die sich „gelegentlich trafen, um sich über die Möglichkeiten einer auf diplomatischem Wege zu erreichenden Friedenssicherung auszusprechen.“ [2] Das änderte sich jetzt. Schon 1920 wurde die Westdeutsche Arbeitsgemeinschaft gegründet und 1921 die Südwestfälische Arbeitsgemeinschaft der DFG. Fritz Küster wurde deren Vorsitzender und Friedrich Kayser deren Schriftführer. Voller Tatendrang, mit einem unbeugsamen Willen, unnachgiebig in der politischen Haltung, so wird Fritz Küster in dieser Zeit charakterisiert. „Die von der Berliner Zentrale (der DFG) ungeliebte Neugründung entwickelte sich sehr schnell zum erfolgreichsten

[1] Vgl. Appelius, Stefan: Zur Geschichte des kämpferischen Pazifismus. Oldenburg 1988, S. 14 ff
[2] Kraschutzki, Heinz: „Die Hagener“. In: Festschrift der DFG zur Bundestagung 1962 in Frankfurt-Main. Lünen 1962
S. 15-17, zitiert nach Appelius, S. 15

Landesverband der DFG.“ schreibt Stefan Appelius.[3] Eine spürbare Verjüngung hatte stattgefunden, viele waren Kriegsteilnehmer gewesen. Die Mitglieder standen nun den Sozialdemokraten näher. Das Klientel verlagerte sich vom „Besitzbürgertum“ zum „Kleinbürgertum“.

Fritz Küster gründete eine Zeitschrift: „Der Pazifist“. Sie war nun das Organ der Südwestfälischen Arbeitsgemeinschaft. 1925 wurde die Zeitung umbenannt. Nun hieß sie „Das Andere Deutschland“ (AD). Und so blieb es, bis sie 1969 eingestellt wurde.

Als AD erschien sie nun wöchentlich in Hagen und später in Berlin. Sie nahm einen Aufschwung und entwickelte sich zur auflagenstärksten und bedeutendsten Zeitung der Friedensbewegung der Weimarer Republik. Zu ihren ständigen Mitarbeitern gehört u.a. Kurt Tucholsky. „Ich halte die Kleinarbeit etwa des 'Anderen Deutschland' in Hagen für wirkungsvoller, für eindringlicher als die Tätigkeit ganzer Friedensgesellschaften, die zu Leuten sprechen, die schon überzeugt sind.“ schreibt er. [4]

Preis 50 Pfennig

DAS Andere DEUTSCHLAND

Gegründet 1925

Unabhängige Zeitung für entschiedene demokratische Politik - Keiner Partei dienstbar

r. 1/1963 H 1311 D — Erste Januar-Ausgabe 1963, Verlagsort Hannover — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Auf einem Gebiet aber darf kein Wettlauf mehr stattfinden: auf dem Gebiet der Rüstung . . .

Die einzige Konsequenz, die der Staatsmann aus dieser Sachlage zu ziehen hat, ist die radikale Abrüstung, nicht nur die Abschaffung der Atom- und Wasserstoffbomben, sondern auch der konventionellen Waffen und die Umwandlung aller Heere der Welt in Arbeitsarmeen des Friedens.

Professor Baade, Kiel in seinem Buch „Wettlauf zum Jahre 2000“

Gebt acht auf die Habichte!

Das Wort „Habichte“ wurde von Mr. Stewart Alsop, weltbekanntem US-Journalisten, geprägt, als er sich mit der Verhandlungsbereitschaft Adlai Stevensons in den Fragen Kuba und Berlin auseinandersetzte und die Ratgeber um Präsident Kennedy in Habichte und Tauben einteilte. Zu den Habichten zählt er die Vertreter der Politik der Stärke, der Drohungen und politischen Erpressungen (unsere Formulierung), repräsentiert u. a. durch den jetzigen Chef der US-Nachrichtendienste, John McCone, den Ratgeber Kennedys in Fragen von Krieg und Frieden, McGeorge Bundy und Dean Acheson, natürlich, Überbleibsel aus der Dulles-Ära, jener unheiligen Allianz von Außenpolitik und Geheimdienst, die durch John Foster Dulles und seinen Bruder Allen Dulles verkörpert wurde. Diese Verbindung blieb der Menschheit keine Krise schuldig.

Die „Habichte“ sind auch über uns. Machen r uns keine Illusionen. Unser Optimismus äre sträflich, wenn er nicht mit klarer Erkenntnis der Machtverhältnisse, unserer Möglichkeiten d mit dem Willen einherginge, alle Kräfte anzusetzen. Den Optimisten, die wachsam, er zuversichtlich schwankenden Boden betten und ihn furchtlos und mit Energie zu stigen trachten, werden im allgemeinen die ößten Siegeszuversichten zugesprochen. Alle ntgreifenden Reformen unseres Jahrhunderts rden getragen von der unverwüstlichen Standhaftigkeit und dem Elan einer kleinen Gruppe, deren Ideen zunächst abgelehnt, aber später Gemeingut wurden. Die Endphase ihres Kampfes, also die Zeit, in der sich die Risse schließen und die Klarblickenden und Vorausschauenden festen Boden unter den Füßen zu spüren beginnen, stellt zugleich an sie die größten Anforderungen, da die alten Mächte wie Habichte über ihnen kreisen und ihnen den Preis ihrer Anstrengungen um Frieden und Fortschritt zu entreißen drohen.

Auch auf unsere Zeitung sind die Habichte 1933 niedergestoßen, und niemand war da, den Hieb aufzufangen, weil der Beute der Schutz der Gemeinschaft gefehlt hat. Der Fall „Spiegel“ hat aber gezeigt, daß heute die Öffentlichkeit Notiz nimmt und empfindlich reagiert. Die gebrannten Kinder von 1933 scheuen das Feuer von 1963 nicht mehr.

„Das Andere Deutschland“ ist mit Beginn dieses Jahres in meine Hände übergegangen. Die Geleitworte des bisherigen Herausgebers Fritz Küster auf Seite 8 mögen bei unseren Lesern auf fruchtbaren Boden fallen.

Ingeborg Küster

Im wesentlichen einig

Das Jahresende brachte Äußerungen von Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow, die eine gewisse Übereinstim- Präsident Nasser, den man immer noch als Hauptrepräsentanten der arabisch sprechenden Welt bezeichnen kann, pries in einer Botschaft

Eine hoffnungsvolle Bilanz

Von Fritz Meyer

Jeder Kaufmann zieht dieser Tage Bilanz, wird sich klar über das Erreichte, über das, was er im kommenden Jahr erreichen will. Auch die internationale Politik ist von dieser alljährlichen Bestandsaufnahme nicht ausgenommen; sie soll vor allem zeigen, ob die Menschheit im abgelaufenen Jahr ein gutes Stück weitergekommen ist und welche Aufgaben auf sie im neuen Jahr warten. Aber selbst wenn man ganz bewußt die drohenden Momente einer Weltkriegsgefahr, das Im-Kreise-Gehen der Genfer Abrüstungsgespräche und die verschiedenen Konflikte im vergangenen Jahr in Betracht zieht, war das Jahr 1962 ein erfolgreiches Jahr, das allen Menschen die Verpflichtung auferlegt, die erzielten Erfolge noch weiter auszubauen.

Wenden wir uns zunächst einmal dem zu, was im kommenden Jahr wichtig erscheint:

Die Abrüstung muß vorangetrieben werden, nachdem die neutralistische Weltanschauung trotz äußerlicher Bedrohungen im vergangenen Jahr einen so erfolgreichen Durchbruch erlebte.

Titelseite Januar 1961; Scan H. Köhler

Das AD wendet sich Ende der 20er Jahre in Berlin vehement gegen den Revanchismus gegenüber Frankreich, gegen die damalige Hetze gegen Polen, die Rückgewinnung des Korridors, der durch den ersten Weltkrieg verloren gegangen war. Die damalige Mitarbeiterin Ingeborg Andreas, die spätere Frau Fritz Küsters, berichtet in ihrer Autobiografie, dass die DFG und das AD in dieser Zeit regelmäßig des Landesverrats verdächtigt wurden. [5] Das AD nahm am 10. März 1929 zu dieser Frage Stellung:

„Was versteht man eigentlich unter Landesverrat der Pazifisten? Um es auf eine kurze Formel zu bringen: Landesverrat ist alles, was den 'Vaterländischen' nicht in den Kram passt! Wer gegen Schwarze Reichswehr, Stahlhelm-Waffenlager, Fememörder, Giftgas-Fabrikation, Kriegshetze usw. ankämpft, der ist für die Duesterberg-Abel ein kompletter Landesverräter, - [...] in Wirklichkeit tut er weiter nichts, als was ihm durch Reichgesetze (und auch der Versailler Vertrag ist deutsches Reichsgesetz!) erlaubt und geboten ist.[…] Und darum ziehen wir es vor,

[3] Appelius, S. 17

[4] Zitiert nach: Küster, Ingeborg: Politik – haben sie das denn nötig? Autobiografie einer Pazifistin. Hamburg 1983, S. 95

[5] Vgl. Küster, S. 102

den Gegnern ins Gesicht zu sagen: Jawohl, wenn das Stahlhelm-Jungdo-Vaterland, also die Kriegsverbrecher von gestern und übermorgen, illegale Rüstungen vorbereitet und jede Aufklärung darüber als Landesverrat ansieht, dann werden wir diesen 'Verrat' als unser gutes Recht betrachten und entsprechend kräftig handhaben.“[6]

Verhaftung Fritz Küsters

Die radikal-pazifistische Haltung des AD, der Mut und die Angriffslust Fritz Küsters und seiner Kollegen führten dazu, dass die aufstrebenden Nationalsozialisten schon lange auf die Zeitung aufmerksam geworden waren. Mit der Machtergreifung brachten sich manche der AD-Redakteure im Ausland in Sicherheit. Fritz Küster blieb, wohlwissend, was das bedeuten konnte. Am 6. März 1933 passierte es dann, er wurde verhaftet. Seine spätere Frau Ingeborg Andreas erinnerte sich: „Am späten Vormittag kamen dann zwei Kriminalbeamte. Sie gingen durch die Räume, sahen sich alles an, rissen einige Transparente gegen die Aufrüstung, für Abrüstung herunter. Dann kamen sie zu mir und wollten den Chef sprechen. Ich hörte, dass sie sein Privatzimmer durchsuchen wollten. 'Kommen sie mit, Herr Küster!' Die drei gingen an mir vorüber in den Flur. Fritz öffnete die Etagentür, drehte sich zu mir um, winkte lakonisch mit der einen Hand und sagte 'Bis gleich.' [.....] Es war ganz still jetzt. Still wurde es auch im ganzen Haus.[...] Aus Angst vor dem nahegelegenen SA-Sturm saß ich im Dunkeln. Ich konnte die bleierne Schwere, die mich erfasst hatte, nicht überwinden. Wäre ich bis zum Morgen sitzengeblieben? Ich weiß es nicht.“[7]

Verbot der Zeitung „Das Andere Deutschland“

Das Andere Deutschland wurde verboten. Die vorerst letzte Ausgabe erschien am 4. März 1933. Die verbliebenen Angestellten hatten nun kein Einkommen mehr. Sie bekamen aus politischen Gründen auch keine Unterstützung. Eine extrem belastete Zeit war das auch für Ingeborg Andreas, die sich 1934 im Konzentrationslager Oranienburg, in das Fritz Küster später eingeliefert wird, mit ihm verlobt. Neben der materiellen Not, die sie ertragen muss, bangt sie um ihren zukünftigen Ehemann.

Nach mehr als fünf Jahren Haft wird Fritz Küster schließlich am 13. August 1938 aus dem Konzentrationslager Buchenwald entlassen. Am 17. Dezember 1938 heiraten Ingeborg Andreas und Fritz Küster in Hannover. Er arbeitet bis zum Kriegsende in seinem Beruf bei der Reichsbahn.

Neustart nach dem Krieg

Endlich geht der zweite Weltkrieg zu Ende. Von 1945-47 ist Fritz Küster Vorsitzender der DFG. 1947 bekommt er die Lizenz für die erneute Herausgabe des AD. Die anfallende Arbeit für die Zeitung nimmt er offiziell zum Anlass, vom DFG-Vorsitz zurückzutreten. Appelius zitiert aber einen Brief Fritz Küsters an den Präsidenten der DFG Schoenaich, der noch andere Beweggründe deutlich macht: „Der ganze Apparat ist mir zu schwerfällig und zu konservativ. Ich

[6]Zitiert nach Küster, S. 102f
[7]Küster, S. 151f

möchte […] mehr ins Bürgertum vorstoßen, um die Kräfte, die heute suchen und irgendwie propagandistisch zu erreichen sind, für die Demokratie und den Pazifismus zu gewinnen.“[8]
Im Kopf des neuen AD finden sich als Untertitel die Sätze, die als Programm genommen werden können: „Unabhängige Zeitung für entschiedene demokratische Politik – Keiner Partei dienstbar.“ Und im Geleitwort für die erste Ausgabe am 2. August 1947 finden sich die Sätze: „Wir erstreben [die] entschiedene Bekämpfung der nationalistisch-militärischen Denkweise […] Religiös neutral will diese Zeitung der Sammelpunkt […] des anderen Deutschlands sein.“[9]
Die Zeitung bleibt sich treu. Kritisch und geistreich, fundiert und wohlinformiert begleitet sie die junge Bundesrepublik, kommentiert die anstehenden Konflikte, bezieht Stellung.

Kampf dem Atomtod

An einem beispielhaften politischen Konflikt aus den 50er Jahren soll deutlich gemacht werden, wie sich dieser in der Zeitung „Das Andere Deutschland“ gespiegelt hat. Es ging um die Pläne der Atombewaffnung der noch jungen Bundeswehr, die die bis dahin größte Protestbewegung in der jungen Bundesrepublik auslöste, die Bewegung „Kampf dem Atomtod“.
Im Rahmen dieser kleinen Abhandlung soll nur ein Vorkommnis aus dieser Bewegung dargestellt werden, nämlich die „Erklärung der Göttinger Achtzehn“, in der sich 18 Göttinger Atomforscher warnend zu den Plänen einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr äußerten.
Am 22. März 1957 hatte Bundeskanzler Adenauer auf einer Pressekonferenz in Bonn Vermutungen, dass die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden solle, bestätigt. Am 4. April antwortete er auf die Frage eines Journalisten: „Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen. Die taktischen Waffen sind nichts weiter als eine Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, dass unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen. Die großen Waffen haben wir ja nicht...“[10]
Diese Sätze, in denen der Bundeskanzler wissentlich versuchte, [11] Atomwaffen zu „normalen“ Waffen zu machen und sie damit ungeheuerlich zu verharmlosen, waren der berühmte letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte: 18 Göttinger Atomforscher wendeten sich mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie nachdrücklich auf die Gefahren einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr hinwiesen.[12]
Unter der Schlagzeile „Alarmruf deutscher Atomforscher“ druckt das AD in der Ausgabe 8/1957 vom 20. April den vollen Wortlaut der Erklärung der 18 Professoren ab. Unter anderem wiesen die Forscher darauf hin, dass die von Adenauer erwähnten taktischen Atomwaffen keine „normalen“ Waffen, sondern normale Atomwaffen seien, was hieße, sehr wohl mit der Zerstörungskraft der Hiroshimabombe. Sie machten weiter deutlich, dass es einen Schutz der Bevölkerung vor der Wirkung der Atombombe nicht geben könne und wiesen auf Vernichtung und Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche durch einen Atombombenabwurf hin. Wörtlich schrieben sie: „Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor

[8] Appelius S. 76
[9] Zitiert nach Appelius S. 76, Anmerkung 64
[10] Archiv der Gegenwart, Jahrgang 1957, S 6370, zitiert nach Albrecht S. 163
[11] Detlef Bald weist eindeutig nach, dass die Verharmlosungsstrategie bewusst inszeniert wurde, nicht nur von Adenauer, sondern auch von dem amerikanischen Außenminister Dulles.
[12] Es handelte sich um die Professoren Bopp, Born, Fleischmann, Gerlach, Hahn, Haxel, Heisenberg, Kopfermann, von Laue, Maier-Leibniz, Mattauch, Paneth, Paul, Riezler, Straßmann, Walcher, von Weizsäcker, Wirtz

dieser Gefahr sicher zu schützen.“ Am Schluss der Erklärung betonen sie ihre Weigerung, sich in irgendeiner Weise an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen zu beteiligen.
Die Wirkung der Erklärung auf die Bundesregierung war durchschlagend. Fritz Küster beschreibt in seinem Kommentar unter dem Titel „Adenauer: die Forscher haben keine Ahnung“ (AD 8/57 S.1) geradezu genüsslich die langsame und hilflose Reaktion der Bundesregierung, den Forschern erst einmal ihre Kompetenz abzusprechen, sich in außenpolitische und militärische Fragen einzumischen. Küster bringt ein Zitat Adenauers, abgedruckt in der Zeitung „Die Welt“:
„'Zu ihrer Beurteilung muss man Kenntnisse haben, die diese Herren nicht besitzen. Denn sie sind nicht zu mir gekommen.' Im Bericht der Welt heißt es dazu noch: 'Adenauer vermutete, dass die Wissenschaftler nicht im Besitz der amerikanischen Versuche zum Schutz der Bevölkerung und der Soldaten vor den Wirkungen der Atomwaffen sind: 'Ich hätte sie ihnen gern mitgeteilt.'“
Mit Blick auf Untersuchungen der amerikanischen Behörde für Zivilverteidigung, die festgestellt hatten, dass ein Überraschungsangriff mit Atomwaffen der Hälfte der Bevölkerung das Leben kosten könnte, unabhängig vom Vorhandensein von Luftschutzbunkern, kontert Küster: „Zur Beurteilung der Frage des Schutzes vor Atombomben 'muss man Kenntnisse haben', die der Bundeskanzler nicht besitzt.“
Die Erklärung der Göttinger 18 wurde vom AD eindeutig positiv beurteilt und nicht nur durch den oben zitierten Kommentar Fritz Küsters unterstützt, sondern auch durch eine auf der gleichen Seite abgedruckten Stellungnahme eines namentlich nicht genannten deutschen Generalstabsoffiziers, der ebenfalls betonte, dass es einen Schutz vor Atomwaffen nicht geben könne:
„Käme es zu einem Konflikt, zum heißen Krieg mit Superwaffen, so wären wir als erste erledigt, gleichgültig, wer anfing und wer die Atomhölle übersteht. Wir überstehen sie nicht.
[…] Es hilft alles nichts: die Milliarden, die Milliarden, die über einen bescheidenen Kleinkrieg-Grenzschutz hinauszielen, sind von vornherein vertan, weil es zur selbstmörderischen Bewährungsprobe niemals kommen darf. Daraus ergibt sich als einzige Konsequenz für unsere Politik: Verhütung des militärischen Konflikts durch Beseitigung der politischen Spannung.“
Am 17. April 1957 findet ein Treffen einiger Professoren der Göttinger 18 mit dem Bundeskanzler statt, zwecks einer Aussprache. Das AD hinterfragt in seiner Ausgabe 9/57 auf Seite 2 die offizielle Berichterstattung „eines einflussreichen politischen Informationsdienstes“, so die Formulierung, in der eine allzu große Einmütigkeit zwischen den Forschern und dem Bundeskanzler konstatiert wird.
Das AD schreibt:
„Jener Dienst schreibt: 'Es muss ferner betont werden, dass die Besorgnisse, die die Atomforscher zu der Göttinger Erklärung veranlassten, nicht durch die deutsche Politik hervorgerufen waren.' Durch wen oder was denn sonst? Ein anderer Satz lautet: 'Zwischen dem Bundeskanzler und den Atomforschern besteht nicht nur in der Beurteilung der Lage völlige Übereinstimmung, sondern diese Übereinstimmung erstreckt sich auch auf die sich hieraus ergebenen politischen Aufgaben.' Wenn das stimmt, dann müssten Forscher, Generäle, Rüstungsfabrikanten und Rüstungsbankiers praktisch ein Herz und eine Seele sein...“
Soweit die Erklärung der Göttinger 18 im Spiegel des AD.

Die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ ging noch bis 1959 mit unzähligen Aktivitäten, Demonstrationen, Solidaritätserklärungen weiter. Im Dezember 1958 entschied der NATO-Rat, dass nur die USA das „Schlüsselrecht“ zum Einsatz von Atomwaffeneinsatz von Westeuropa aus haben sollten. Damit war das Thema dem deutschen Zugriff entzogen und die Bewegung ebbte langsam ab. Parallel entwickelte sich aber von England aus die Kampagne für nukleare Abrüstung, die bald in der Form des Ostermarsches nach Deutschland überschwappte. Auch diese schnell wachsende Bewegung wurde durch das AD publizistisch begleitet.
Die Zeitung „Das Andere Deutschland“ gab es noch bis 1969. 1958 erlitt Fritz Küster einen Schlaganfall und übergab darum die Geschäfte zu Beginn 1963 an seine Frau Ingeborg, die die Zeitung dann noch einige Jahre weiter führte. Drei Jahre nach dem Tod von Fritz Küster 1966 erschien die Zeitung zum letzten Mal.
Ingeborg Küster blieb noch lange in der Friedensbewegung aktiv. Sie starb 95jährig im Jahr 2004.

Hannelore Köhler

Quellen:
Verschiedene Ausgaben der Zeitung „Das Andere Deutschland“, eingesehen in der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek Hannover
Literatur:
Albrecht, Ulrich: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Köln 1980
Appelius, Stefan: Zur Geschichte des kämpferischen Pazifismus. Oldenburg 1988
Bald, Detlef: Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer. Bremen 1994
Küster, Ingeborg: Politik – haben Sie das denn nötig? Autobiografie einer Pazifistin. Hamburg 1983

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 26. Juli 2022.
Redaktionsschluss des nächsten Newsletters ist der 26. September 2022.

Redaktion: Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent), PS
Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122; erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V.

wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

Landeshauptstadt Hannover